Wie bitter es sich rächt, wenn die Regierung des Reiches, dessen Werden in dem deutschen Liberalismus und seinem unermüdlichen Wirken, seinem felsenfesten Glauben an des großen deutschen Vaterlandes einstige Einigkeit und Herrlichkeit wurzelte, diese Wahrheit vergißt, hat gerade Fürst Bülow am eignen Leibe erfahren. Das Paktieren mit dem Zentrum, die Freundschaft mit dieser Kohorte der elendesten Volksverdummung und schmählichsten Reaktion hat ihm anscheinend das Regieren oft erleichtert, bis er endlich so fest in den Polypenarmen steckte, daß er nur mit einem verzweifelten Ruck sich losmachen konnte. Aber was steht in Wirklichkeit „der Größe unseres Vaterlandes im Wege“? Nicht das Ausland allein. Mit den Feinden in Wehr und Waffen werden wir noch fertig, mit Michel, in dem der furor teutonicus erwacht und der ein gutes scharfes Schwert in der Faust hat, bindet so leicht keiner an, und keiner tats ungestraft! Das weiß man auch bei unseren wärmsten Freunden an der Seine und der Themse. Nein, der Größe unseres Vaterlandes steht nur die internationale Vaterlandslosigkeit im Wege, die Genossenschaft derer, welche uns die Freude an der Freiheit des Denkens, des Wortes, die Freude an einem großen, starken Reiche, von freiheitlichem Geist, von wahrhaft liberalen Ideen regiert, nehmen wollen, gleichviel ob sie im schwarzen oder roten Habit steckt.

Fürst Bülow hat es erfahren, daß auf die reaktionären Exzesse kein Verlaß ist, daß er glaubte zu schieben und geschoben wurde, der 25. Januar hat ihm gezeigt, wo die zuverlässigen Stützen im deutschen Volke liegen, wo man wirklich nicht mit Parteiegoismus zur Urne geht, sondern mit der wirklichen Liebe zum Vaterland — unbekümmert um Fehlgriffe der jeweiligen Regierung. Diesen Schatz echter Vaterlandsliebe, der gerade in der Leipziger Wahl so glänzend zu Tage trat, soll Fürst Bülow nicht wieder verdunkeln lassen, nachdem er die heißerwünschte Mehrheit hat. Er möchte ihm sonst unwiedergringlich verloren sein.

Pressstimmen zum Wahlresultat.

Von den bisher vorliegenden Aeußerungen der Presse seien vorläufig folgende herausgehoben. Zunächst eine hochoffiziöse.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt zum Wahlkampfe unter der Ueberschrift „Das Volksgericht“: Die erste Entscheidung ist gefallen. Das Volksgericht, von dem der „Vorwärts“ sprach, hat gegen die Sozialdemokratie entschieden. Die Deutschen haben bewiesen daß sie sich ihre nationale Ehre, die Entwicklung ihrer nationalen Macht, die Zukunft des Reiches nicht verkümmern lassen. Der Bann, als ob das Vorwärtsschreiten der Sozialdemokratie unaufhaltsam wäre, ist gebrochen. Industrielle Zentren, die als sichere Sitze der Sozialdemokratie galten, sind im ersten Ansturm von den nationalen Parteien genommen. Alte preußische Städte, wie Breslau und Königsberg, ehrwürdig durch die große Tradition der preußischen Monarchie, sind der nationalen Sache zurückerobert worden. Der Erfolg der Hauptwahl ruft zu verdoppelter Arbeit bei den Stichwahlen. Es gilt, nach innen und außen zu beweisen, daß das deutsche Volk, wenn nationale Fragen auf dem Spiele stehen, alles niederreißt, was der Nation im Wege steht, daß es nicht die geringste Schwächung seiner nationalen Kraft duldet, auch wenn es sich um eine afrikanische Kolonie, um ein paar tausend Mann mehr oder weniger handelt. Die Stichwahlen müssen vollenden, was die Hauptwahl begonnen hat. Das leuchtende Beispiel, das Breslau, Königsberg, Leipzig, Gera, Halle gegeben, werden andere Wahlkreise in den Stichwahlen nachzuahmen wissen. Was in Breslau möglich war, wird in Stettin, Frankfurt a. M., München, Karlsruhe usw. nicht unmöglich sein. Wenn der letzte national denkende Mann in der Stichwahl an die Urne kommt, dann erst wird das Ziel der Wahl erreicht, die Forderung des Tages, von der Fürst Bülow sprach, erfüllt: Ein Reichstag, dessen Mehrheit in allen großen Fragen der Nation ihre Pflicht tut.

Die „Nat.-Ztg.“ sagt:

Das liberale Bürgertum brauchte sich nur auf sich selbst und seine Vergangenheit zu besinnen, um das Vertrauen breiter Schichten zurückzugewinnen, die bisher verdrossen abseits gestanden oder im Umsturz ihre Stimme dem Nichts- oder Radikalismus gegeben hatten. Ueber Erwarten erfreulich ist allerorten die Teilnahme am Wahlgeschäfte gewachsen, und daß sie gleich im ersten Ansturm reiche Früchte getragen hat; das gibt eine zuverlässige Bürgschaft dafür, daß diese Teilnahme von Dauer sein werde.

Die „Tägliche Rundschau“ faßt ihren Leitartikel dahin zusammen:

Wir können heute schon sagen, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes, an den wir immer wieder appelliert und auf den wir gebaut haben, sich bewährt hat. Das deutsche Volk will, das bekunden die heutigen Wahlen, keine Nebenregierung des Zentrums, keine kampfsinnige zu Konflikten führende ewige Negation der Sozialdemokratie, es will keine Einmischung in die kaiserliche Kommandogewalt und in die Befugnisse unserer militärischen Führer; es will aber Kolonien, will deren Ausbau und Nutzbarmachung und will einen Reichstag, dessen Mehrheit in nationalen Fragen nicht versagt.

Das „B. T.“ urteilt:

Der Ausfall der gestrigen Wahlen scheint geeignet, den Liberalismus, wenn auch nicht mit triumphierender Freude, so doch mit Befriedigung zu erfüllen. Wenn die ersten Meldungen als bezeichnend für das Gesamtergebnis gelten können, und wenn die Fortsetzung dem guten Anfang entspricht, so müssen die entschieden liberalen Parteien verstärkt in den Reichstag zurückkehren. Das charakteristische Merkzeichen der gestrigen Wahl ist die beinahe verblüffende Niederlage der Sozialdemokraten, die gestern für ihre engherzige Taktik und für ihren törichten Uebermut gebüßt haben. Es ist wahr, daß nicht nur die entschieden liberalen Parteien, sondern vielleicht mehr noch die Nationalliberalen von diesen Niederlagen profitieren.

Die „Frkft. Ztg.“ sagt:

Noch liegen nicht alle Wahlergebnisse vor, und es ist unmöglich, bereits einen vollen Ueberblick zu gewinnen. Das eine läßt sich aber schon als sicherer Eindruck feststellen, daß der entschiedene Liberalismus überall erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Im Gegensatz zu 1903 denke man schon der erste Wahlgang verschiedene Eroberungen. Er hat überall seinen Bestand gut verteidigt, und tritt meist mit den besten Aussichten in die Stichwahlen. Neben diesen Vorboten, das hoffentlich zu weiteren Erfolgen in den Stichwahlen führen wird, ist das charakteristischste Moment ein starkes Zurückfluten der Sozialdemokratie. Soweit sich übersehen läßt, sind ihr schon 15 bis 16 Sitze verloren gegangen.

Der „Vorwärts“ bemüht sich, seinen Genossen die mißliche Lage der Sozialdemokratie möglichst zu beschönigen:

Noch läßt sich der Wahlausfall nicht übersehen. Bis zu der Stunde, in der wir diese flüchtigen Zeilen niederschreiben, ist erst aus etwa einem Viertel der 397 Reichstagswahlkreise das Resultat bekannt; doch hat, wie es scheint, unsere Partei im ganzen nur wenig Terrain gewonnen, dagegen einige bisher innegehabte Mandate verloren. Das starke Anwachsen der „Nichtwähler“, das heißt der durch eine unerhörte Agitation auf die Beine gebrachten klerikal-bürgerlich-indifferenten Masse, bei der konservativ-liberalen Koalition in einigen Kreisen eine nicht unbeträchtliche Stärkung ihrer Position verschafft; denn zu einem wesentlichen Teil haben diese durch alle möglichen Schreckmittel zur Wahlurne gebrachten bisherigen „Nichtwähler“ sich für die welt- und kolonialpolitischen Pläne der Regierung einfangen lassen und für die Kandidaten des liberal-konservativen Blocks gestimmt. — — —

Für unsere Partei ergibt sich daraus die Pflicht und die Aufgabe, sofort in die Agitation für die Stichwahlen einzutreten.

Noch ist nicht das geringste verloren. Durch einige intensive Arbeit kann mehr als nachgeholt werden, was vor der Hauptwahl versäumt worden ist. Vorwärts zu neuer Arbeit, zu neuem Kampf! Alle Kräfte müssen eingesetzt werden!

Aus Rom telegraphiert uns unser Korrespondent: Der Eindruck des deutschen Wahlresultats in politischen Kreisen ist stark. Popolo Romano schreibt, daß allein schon die Niederlage der Unsrigen, die Herren des Reiches spielenden „Genossen“ den Wahlen eine hohe Bedeutung verleihe auch wegen ihres moralischen Einflusses auf das politische Milieu Europas.

Deutsches Reich.

Leipzig, 27. Januar.

* **König Friedrich August in Berlin.** Gestern mittag gegen 1 Uhr trafen auf dem Anhalter Bahnhofe der König von Sachsen, Prinz und Prinzessin Johann Georg von Sachsen mit Gefolge ein und wurden vom Kronprinzen empfangen. Der Kronprinz geleitete den König im Automobil nach dem Schlosse. Der Prinz und die Prinzessin fuhren im Galawagen. Der König wurde vom Kaiser im Schlosse im Bestibül empfangen und in seine Wohnung, die polnischen Kammern, geleitet, während der Prinz in der Prinzessin Wilhelmschen Wohnung Quartier nahm. Der sächsische Gesandte und der sächsische Militärbevollmächtigte waren dem König bis Zossen entgegengefahren.

* **Polizei und Publikum.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der verflossenen Nacht soll sich der bedauerliche Zwischenfall ereignet haben, daß eine Zahl von Wählern, die vor dem Palais Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen ihrer patriotischen Freude über den Sieg ihres nationalen Gedankens bei den Hauptwahlen Ausdruck geben wollten, von der Polizei angeblich mit blanker Waffe und unter Vornahme von Verhaftungen in dem Augenblicke auseinandergedrängt worden, als sie ein Lied anstimmen wollten. Wie wir hören, ist der Reichskanzler einig mit dem Minister des Innern in der Mißbilligung des Verhaltens der Polizei, wenn die behaupteten Tatsachen sich bewahrheiten sollten. Hierüber hat der Minister des Innern sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet.

* **Graf Ballestrem beim Kaiser?** Wie der „Oberschlesische Wanderer“ meldet, erhielt der frühere Reichstagspräsident Graf Ballestrem gestern telegraphischen Befehl, am 28. Januar beim Kaiser zu erscheinen.

* **Deutschland und die Niederlande.** Am 29. d. M. tritt der am 17. Dezember 1904 abgeschlossene Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Niederlanden in Kraft. Nach Artikel 1 Abs. 2 müssen die Angehörigen jedes vertragschließenden Teiles, um das Recht der ständigen Niederlassung oder des dauernden oder zeitweiligen Aufenthalts in dem Gebiete des anderen Teiles beanspruchen zu können, mit gültigen Pässen oder anderen genügenden Ausweispapieren über ihre Person und ihre Staatsangehörigkeit versehen sein. Deutsche, welche sich in den Niederlanden niedergelassen haben oder aufhalten, oder welche die Absicht haben, sich dort niederzulassen oder aufzuhalten, werden sich zweckmäßig mit gültigen deutschen Pässen oder mit Heimatscheinen zu versehen haben, die von den zuständigen deutschen Behörden innerhalb der letzten fünf Jahre ausgestellt oder mit einer Erneuerungsmarke versehen sind und die Unterschrift des Inhabers tragen. Auch empfiehlt sich die Beschaffung eines Ausweises über die Militärverhältnisse.

* **Deutsch-polnischer Kampf.** In der Gemeinde Morzewo (Prov. Posen) sollte dieser Tage die neuerbaute Volksschule feierlich eingeweiht werden. Als der Ortsgeistliche das Gebet polnisch sagen wollte, unterbrach ihn der anwesende Kreisschulinspektor und bat um das Gebet in lateinischer Sprache. Da sich der Geistliche hierzu nicht verstehen wollte, unterblieb das Gebet.

* **Der Schönheider Streik.** Der seit August vorigen Jahres in der Schönheider Fürsteinindustrie andauernde Streik, an dem über 1000 Arbeiter beteiligt waren, hat jetzt am 23. d. M. mit einer völligen Niederlage der Arbeiter geendet. Die Fabrikanten, die der Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen (Dresden) angehören und von ihr während des Kampfes die satzungsmäßigen Entschädigungsgelder bezogen, haben den Arbeitern nichts bewilligt, und die Arbeiter haben die Arbeit zu den Bedingungen aufgenommen, die ihnen bereits vor dem Streike freiwillig angeboten worden waren. Allerdings haben sie jetzt den Nachteil, daß die auf weiteres nur eine Auswahl von ihnen wieder beschäftigt werden kann, während die übrigen arbeitslos bleiben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Zur Ministerkrisis in Ungarn,** die natürlich trotz aller offiziösen Ableugnungen so lange besteht, als nicht die Angelegenheit des Herrn Polonyi in der einzigen noch möglichen Form erledigt ist, wird aus Pest geschrieben: Der Grund der Krise ist jetzt weniger in dem Zwischenfall mit dem Exbürgermeister Halmos, welcher infolge der bekannten Erklärung des Letztgenannten offiziell als erledigt zu betrachten ist, zu suchen, als in dem vom Justizminister am 1. Februar 1906 an Baronin Béla Schönberger gerichteten Brief, über welchen der Verfasser die Behauptung ausgesprochen hat, daß dessen Inhalt auch den Mitgliedern des leitenden Ausschusses der Koalition bekannt wäre. Diese aber haben jene Behauptung aufs entschiedenste dementiert, und namentlich Graf Andrassy hat aus diesem Anlaß erklärt, nicht weiter mit Polonyi in einem Kabinett bleiben zu wollen. Die Folge davon war, daß die Verfassungs- und die Volkspartei, wie ein Teil der 48er Partei gegen Polonyi Stellung genommen haben. Damit war das Schicksal Polonyis besiegelt, und wohlgefällig wird er aus dem Kabinett scheiden müssen. In einer Ministerkonferenz hat Minister Andrassy ausgeführt, aus welchen Gründen er gegen den Justizminister vorgegangen sei, und daß er, wo die Ministerkrise durch ihn aber beraufbeschworen worden sei, wisse, es sei seine Pflicht, ebenfalls zu demissionieren. Die Demission Andrassys wird vom Kabinett aber jedenfalls abgelehnt werden, weil sonst dadurch der Zerfall der Koalition hervorgerufen werden, und somit die Lösung mancher Aufgaben, welche die Koalition im Interesse des Landes und des Königs übernommen hat, in Frage gestellt werden dürfte. Als Justizminister wird an Polonyis Stelle ein aber Politiker, und zwar höchstwahrscheinlich der jetzige Staatssekretär Anton Günther, ein erprobter und treuer Anhänger des Exministers Grafen Apponyi, in Aussicht genommen. In politischen Kreisen wird für diesen Posten auch noch Dr. Ludwig Hollo, Chefredakteur des „Magyar Orszag“ genannt, der auch schon im April für das Justizministerium in Betracht kam, aber Hollo ist nicht geneigt, das Justizportefeuille zu übernehmen. Wenn das ganze Kabinett demissionieren sollte, so wird sich die Krise voraussichtlich nur ein paar Tage hinausziehen; jedenfalls kann man aber als sicher annehmen, daß der Bestand der Koalition durch diesen Zwischenfall nicht gefährdet ist. Einen Nutzen hat die Krise bis jetzt allerdings gezeitigt, nämlich, daß infolgedessen das Abgeordnetenhaus das Staatsbudget in zwei Tagen erledigt hat, während die allgemeine Meinung haben ging, daß die Verhandlungen mindestens einen ganzen Monat in Anspruch nehmen würden. Beim Justizbudget haben nicht weniger als 19 Abgeordnete auf das Wort verzichtet, so daß dies ganze Budget in kaum 5 Minuten erledigt werden konnte.

* **Eine allslawische Ausstellung** sollte von verschiedenen Seiten in Petersburg stattgefunden haben. Triftige Gründe haben sie verhindert. Zuerst mußte sie wegen des Krieges mit Japan von Jahr zu Jahr verschoben werden, jetzt und noch auf unabsehbare Zeit befindet sich das russische Slawentum wegen der Revolution erst recht nicht in der Verfassung, um die Welt zur Bewunderung seiner kulturellen Leistungen zu sich einladen zu können. So haben sich denn die Tschechen der Sache angenommen und wollen die allslawische Ausstellung im Jahre 1910 in Prag veranstalten. Ein Ausschuß zu diesem Zweck hat sich bereits gebildet. An seiner Spitze steht der ehemalige Prager Bürgermeister Czuma und der Vorsitzende des tschechischen Sokolfestverbandes Scheiner. An die Polen ist man auch schon herangetreten, um sie zur Teilnahme an dem Unternehmen zu veranlassen. Viel Lust haben diese, die Ueber in Galizien unter sich bleiben, bisher freilich nicht gezeigt.

Frankreich.

* **Die Marokko-Aktion.** Im französischen Ministerrate teilte der Minister des Aeußern, Pichon, mit, die Antworten der Signatarmächte der Algecirasakte auf die französisch-spanische Note wegen der Organisation der Polizei in Marokko und der Zurückziehung des Geschwaders hätten durchaus befriedigend gelautet. Die Mächte hätten einmütig die Haltung Frankreichs und Spaniens gutgeheißen.

* **Die katholischen Missionen im Orient.** Wieder einmal sind mehrere religiöse Anstalten im Orient aus dem bisherigen französischen unter italienischen Schutz getreten. Die Gesandten Frankreichs und Italiens in Konstantinopel haben dies der Pforte amtlich angezeigt. Es handelt sich um einige Kirchen, Klöster und Schulen der Dominikaner in Konstantinopel und in Smyrna, sowie um einige Gründungen der Franziskaner in Tripolis und Syrene. Der „Temps“ bespricht dieses Ereignis in einem Leitartikel, der in mancher Hinsicht sehr beachtenswert ist. Das große Pariser Abendblatt macht zunächst einige historische Angaben über die Bewegung, die sich in diesem Protektoratswandel aufs neue geäußert hat. Seit etwa zwei Jahren bemühen sich die italienischen Missionare im Orient, den französischen Schutz mit dem der Italiener zu vertauschen. Ende 1906 haben ihnen die beiden beteiligten Regierungen dies in einem französisch-italienischen Vertrag zugestanden. Auf Grund dieses Vertrages ist der gemeldete Protektionswechsel erfolgt. Dieser Vertrag vom Spätherbst 1906 ist der Vorschuß auf das Trinkgeld, das Italien für seine Haltung auf der Algecirakonferenz von den Franzosen empfangen und als Realpolitiker angenommen hat. Die französische Regierung „hielt“, wie der „Temps“ sich heute ausdrückt, „sehr darauf, die günstige Stimmung, die der Konsulta durch die Mäßigung unserer Politik eingeflößt worden war, noch zu verstärken. Man legte noch größeren Wert darauf, alle möglichen Gründe für Zwistigkeiten zu beseitigen“. Diese politischen Rücksichten haben die französische Regierung bei den Zugeständnissen an Italien in erster Linie bestimmt. „Der zweite Grund ist religionspolitischer Natur, und leider muß man fürchten, daß er sich auf unsere Kosten in einer Weise, die uns in wachsendem Maße nachteilig ist, äußert.“ Wohl hat der frühere Minister Bienvenu Martin am 4. April 1906 auf eine Warnung Ribots erwidert, die Machtstellung Frankreichs als des Schutzherrn der christlichen Missionen im Orient werde durch die Separation nicht angetastet werden, denn sie hänge nicht von dem Willen des Papstes, sondern von internationalen Uebereinkommen ab. Aber der damalige Kultusminister war, wie der „Temps“ heute mit Bedauern feststellen muß, schlecht unterrichtet. „Es ist“, erklärt das Organ der gemäßigten Republikaner offen, „in juristischer und politischer Hinsicht falsch, daß Frankreich bei Ausübung seiner Schutzherrschaft im Orient auf die Mitwirkung des Heiligen Stuhls verzichten kann“. Die religiösen Kämpfe in Frankreich werden demnach zweifellos die Stellung der französischen Republik im Orient bedenklich erschüttern. Der „Temps“ macht dafür die Politik des Ministeriums Combes gegenüber dem Vatikan verantwortlich. „Die Aufhebung“ — so schließt er wörtlich — „jedes Vermittlers zwischen Frankreich und dem Heiligen Stuhl hat nicht nur die Durchführung des Vereinsgesetzes von 1901 schwieriger gemacht, sondern bedroht auch die Ausübung des Protektorats im Orient. Und ohne Zweifel sind wir noch nicht am Ende aller unangenehmen Ueberraschungen, die uns auf diesem Gebiet vorbehalten sind.“ In einem Blatt der klerikalen Opposition aber in der progressistischen „République française“ würden diese Ausführungen etwas Alltägliches sein. Daß aber der „Temps“, der die Ansichten einer wichtigen Partei des republikanischen Blocks widerspiegelt, — übrigens nicht zum erstenmal — derartigen Meinungen Ausdruck gibt, ist, besonders in diesem Augenblick, sehr beachtenswert. Die einfachste Schlußfolgerung aus seinem Artikel ist, daß Frankreich am besten täte, im Interesse seiner äußeren und inneren Politik die Beziehungen zum Vatikan in irgend einer Form amtlich wieder anzuknüpfen. Dies ist ein neuer Beweis für die inneren Gefahren, die dem Bestehen des ministeriellen Blocks in Frankreich drohen. Wie in dieser Frage, so stehen die gemäßigten Republikaner noch in mancher anderen Hinsicht den oppositionellen Progressisten bedeutend näher als den anderen radikalen und sozialistischen Parteien, die den „Block“ und die Mehrheit des Ministers Clemenceau bilden. Wenn der so oft prophezeite Zerfall des republikanischen Blocks eines Tages wirklich eintritt, so wird er zweifellos bei ihnen, auf dem rechten Flügel, beginnen, und das französische Parlament, das die reaktionäre Kraft in zwei große Heerlager, die Rechte mit dem zusammengeschmolzenen Zentrum und die Linke, geschieden hat, wird dann aller Wahrscheinlichkeit noch eine Dreiteilung in Rechte, progressistisch-gemäßigtrepublikanisches Zentrum und radikale und sozialistische Linke erleben.

Rußland.

* **Die Entschädigungsansprüche ausländischer Untertanen** für Verluste, die sie durch politische Unruhen erlitten haben, sind durch eine Zirkularnote der russischen Regierung endgültig abgewiesen worden. In dieser Note wird erklärt, daß die Regierung sich nicht für verpflichtet halte, die an sie gestellten Ansprüche zu befriedigen. Es stehe jedoch jedem der Geschädigten frei, eine Zivilklage gegen die örtlichen Administrativbehörden anzustrengen, die die Unruhen nicht zu verhüten und die Ausländer nicht zu schützen gewußt haben. Eine gleiche Antwort ist außerdem noch in einem Einzelfalle erteilt worden, in dem es sich darum handelte, daß ein Soldat der russischen Grenzwache hinter einem Individuum, das über die Grenze flüchtete, Feuer gab und dabei einen völlig unbeteiligten österreichischen Forstwächter tötete. Den Hinterbliebenen wurde es auch hier anheimgestellt, sich mit ihren Ansprüchen an den Soldaten zu halten. Fast alle Staaten haben beschlossen, gegen diesen Bescheid nicht weiter zu demonstrieren. Nur Frankreich sucht noch auf dem Wege von Verhandlungen ein günstigeres Resultat zu erzielen. Es ist jedoch ausgeschlossen, daß ihm das gelingen sollte. Denn da die Entschädigungszahlungen an Privatpersonen erfolgen, ließe sich ein etwaiges Separatabkommen nicht verheimlichen und zöge die Forderungen einer gleichen Vergünstigung seitens der anderen interessierten Staaten nach sich. — Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß durch diese Entscheidung des Falles die Entschädigungsansprüche illusorisch geworden sind. Denn damit hier eine Zivilklage Erfolg habe, ist es vor allem erforderlich, daß eine konkrete Schuld des belangten Polizei- oder Verwaltungsbeamten nachgewiesen werde, die in ursächlichem Zusammenhange mit der erlittenen Schädigung stehe. Das wird aber nur in den allerseltensten Fällen möglich sein. Und selbst wenn das gelingt, wird es sich meist als äußerst schwierig oder unmöglich erweisen, die zugesprochene Summe von den Beklagten und Verurteilten beizutreiben. Somit ist die Lage der ausländischen Staatsangehörigen ganz die gleiche, wie die der russischen Untertanen. — Wie lange werden die Mächte sich in Rußland eine Behandlung gefallen lassen, bei der in Marokko der Teufel los wäre!

* **Russisch-bulgarische Annäherung.** Seit dem am Montag, den 14. ds. Mts., anläßlich des russischen Neujahrs stattgehabten überaus herzerwärmenden Depeschenaustausch zwischen Sofia und Petersburg ist die Frage der russisch-bulgarischen Annäherung Gegenstand lebhafter Erörterungen in den russischen Regierungskreisen geworden. Russischerseits wird offen zugestanden, daß die Herzlichkeit und die momentan außerordentliche Intimität in den russisch-bulgarischen Beziehungen auf eine gewisse Verständigung zurückzuführen ist, deren Bedeutung auch für das europäische Konzert unter Umständen sehr groß sein kann. Daß dem Fürsten Ferdinand die höchste russische Auszeichnung, die Brillanten zum St. Andrej-Perwosswannij-Orden, und dem russischen Minister des Aeußern Iswolsky der höchste bulgarische Orden, das große Alexander-Kreuz, verliehen ist, bekräftigt auch äußerlich die russisch-bulgarische Freundschaft, die augenblicklich der russischen Regierung wertvolle Dienste auf der Balkanhalbinsel leisten soll. Denn den Leitern der russischen auswärtigen Politik und vor allem einem solchen gewiegten Kenner der Verhältnisse auf dem Balkan, wie es gerade der jetzige russische Minister Iswolsky ist, fällt die noch immer nicht erledigte mazedonische Frage, der befürchtete Konflikt in Serbien und die anderen „orientalischen“ Fragen eine derartige Besorgnis ein, daß man sich in Rußland schon seit einiger Zeit eifrigst bemühte, eine gewisse Verständigung mit Bulgarien herbeizuführen, da gerade dieser Staat, wie es scheint berufen ist, bei der weiteren Entwickelung der Balkanangelegenheiten eine führende Rolle zu spielen. Was der jetzigen russisch-bulgarischen Annäherung, die vom russischen Minister des Aeußern Iswolsky während seines jüngsten Aufenthalts in Paris eingeleitet ist, augenscheinlich Vorschub geleistet hat, läßt sich vorläufig nicht ohne weiteres feststellen, da bekanntlich dieses Stillschweigen darüber beobachtet wird. Daß es sich aber um außerordentlich wichtige Abmachungen handelt, die besonders wertvoll für die Russen sein dürften, geht u. a. daraus hervor, daß man jetzt in den russischen Regierungskreisen mit besonderer Lebhaftigkeit erörtert, wie Bulgarien am 4. März d. J., dem Befreiungstage des bulgarischen Volkes, als unabhängiges und selbständiges Fürstentum proklamiert werden soll, was man russischerseits nachdrücklich unterstützt. So sichert sich Rußland durch die Annäherung an Bulgarien schon jetzt die nötige Stütze für die Erfüllung seiner „Mission“ auf dem Balkan.

Marokko.

* **Der General-Inspektor der Polizei.** Der schweizerische Bundesrat beschloß, dem Sultan von Marokko den Artilleriegeneral und Instruktionschef der Kavallerie Armin Müller für den Posten eines Generalinspekteurs der marokkanischen Polizei vorzuschlagen. Oberst Müller ist ein Vetter des Bundesrätinnen.

* **Die innere Lage.** Infolge der Tatsache, daß die Kriegsmacht des Mogzen sich endlich ins Mittel gelegt hat, um in den seit längerer Zeit herrschenden chaotischen Verhältnissen Ordnung zu schaffen, hat sich letzthin die innere Lage geklärt. Namentlich hat die durch das zweckentsprechende Eingreifen der Sultanstruppen veranlaßte Flucht Raisulis den auf der europäischen Bevölkerung in dieser Stadt und ihrer Umgebung lastenden Alpdruck beseitigt. Auch vom international-politischen Gesichtspunkte ist inzwischen eine Verbesserung der Lage eingetreten, indem die vorher beabsichtigt gewesene Ausschiffung von Landungstruppen des französisch-spanischen Geschwaders, sowie die aus diesem Anlaß zu befürchtenden Komplikationen mit ihren unberechenbaren Rückwirkungen glücklicherweise vermieden werden konnten. Wenn auch die französisch-spanische Aktion in Marokko im Einverständnis mit den am Algecirasvertrag beteiligten Mächten erfolgt ist, so bleibt es trotzdem unbestreitbar, daß der genannte Vertrag in keiner Weise eine Aktion, wie sie einesteils tatsächlich vorgenommen und anderenteils geplant worden ist, vorgesehen hat. Die Frankreich und Spanien in Algeciras erteilte Mission lautet auf eine Organisation der Polizei in gewissen Städten Marokkos, aber ermächtigt die genannten Staaten keineswegs, durch Ausschiffung von Landungstruppen die öffentliche Ordnung in Marokko zu sichern oder im Falle der Störung wiederherzustellen. Aber andererseits lag auch die Befürchtung nahe, daß durch das militärische Eingreifen genannter Mächte bei der einheimischen Bevölkerung eine gegen die Europäer als solche gerichtete Mißstimmung hervorgerufen werden könnte, welche zweifellos zu einer völligen Zerstörung der durch den Algecirasvertrag im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Marokkos erzielten Ergebnisse geführt haben würde. Wäre die feindselige Stimmung der Bevölkerung wirklich zum Ausbruch gelangt, so wären Sultan und Mogzen zwischen den Forderungen der Vertragsmächte und der feindlichen Gesinnung der Eingeborenen wie in einer Zwickmühle eingeklemmt gewesen. Zumal da Marokko, wenn auch nicht ein „geographischer Begriff“, dennoch ein nur loser zusammenhängendes Konglomerat von nominell unter der Sultansherrschaft stehenden Stämmen darstellt, und dieses Land somit sich keineswegs als ein festes, einheitliches Volks- und Staatsgebilde erweist. Daß das marokkanische Reich wirklich das Gepräge eines mittelalterlichen Lehensstaates trägt, in welchem die zentrale Oberhoheitsgewalt sich nur äußerst mangelhaft geltend zu machen in der Lage ist, wird u. a. durch die Ereignisse, die sich seit der Flucht Raisulis abgespielt haben, in unzweideutiger Weise erwiesen. Denn trotz des von dem Sultansheere gegen ihn erreichten Erfolges bleibt der Flüchtling noch wie vor ein Faktor, mit welchem der Mogzen auch ferner zu rechnen haben wird, bis er von den Stämmen, zu denen er gegenwärtig seine Zuflucht genommen hat, den Behörden des Sultans ausgeliefert worden ist. So wenig gilt in der öffentlichen Meinung die Autorität des Sultans, daß sogar jetzt noch nach den bekannten Ereignissen Gerüchte verbreitet werden und Glauben finden, laut welchen zurzeit seitens Raisulis Verhandlungen eingeleitet sein sollen, welche seine volle Begnadigung und die Regelung seiner Machtstellung bezwecken. Soviel ist sicher, daß der Sultan in bezug auf Raisuli von dem guten Willen der verschiedenen Stämme abhängig ist, und daß dieser augenblicklich das Aeußerste aufbietet, damit er angesichts des Einschreitens des Sultans ihm gegenüber nicht isoliert bleibe; zu welchem Zweck er bereits Verbindungen mit dem Prätendenten Bu-Hamara angeknüpft hat. Daß die Mahalla jetzt ihre Tätigkeit aufgenommen hat, um unter den Stämmen die Ordnung wieder herzustellen, dürfte den Beweis liefern, daß die herrschenden Unruhen nicht allein auf die unerwünschte Rührigkeit Raisulis zurückzuführen sind. Um die Autorität des Sultans über die Stämme mehr oder weniger geltend zu machen, werden seine Vertreter nunmehr mit Gewalt vorgehen, ihr Ziel aber meistenteils mit Geld, Versprechungen und guten Worten zu erreichen suchen. Bereits haben kleinere Abteilungen des Wadras-Stammes, sowie des Stammes der Beni-Msaur sich dem Sultan unterworfen; dieser partielle Erfolg darf aber nicht zu optimistischen Erwartungen berechtigen. Denn es kommen noch die widerspenstigen Stämme der Beni-Aruß, Beni-Ider und der größte Teil der Beni-Msaur in Betracht, und bevor die sich insgesamt nicht unterwerfen, wird eine Gesundung der inneren Lage nicht eintreten. Indem hat der Mogzen noch mit den Lakmas, den Beni-Msara und den Beni-Hassan-Stämmen zu rechnen, die noch höher im Gebirgslande ansässig sind und deshalb einstweilen den ganzen Machtaufwand des Sultans im Bewußtsein ihrer Unnahbarkeit ohne weiteres verhöhnen können. Schließlich sind auch noch die Andjera zu erwähnen, die ebenfalls ihr letztes Wort noch nicht gesprochen haben, zumal sie bei ihrer Weigerung, den Banditen Valiente dem Mogzen auszuliefern, verharren und sich bei ihrem Widerstand auf die Hilfe der in der Nähe von Ceuta ansässigen Stämme stützen.

Jamaika.

* **Die amerikanischen Wühlereien.** Man wird die Besorgnisse, die den Gouverneur zu seinem Entschlusse veranlaßt haben, vielleicht eher zu würdigen wissen, wenn man sich gewisse Strömungen auf Jamaika vergegenwärtigt, die in den Vereinigten Staaten sympathisch zu berühren scheinen. Diese werden uns festen durch eine Reihe von Briefen aus Kingston und anderen westindischen Städten an den „New York Herald“ illustriert, die an eine von England beabsichtigt gewesene Zurückziehung der weißen Truppen anknüpfen. Diese aus dem Jahre 1905 herrührenden Briefe trugen Spitzmarken wie „Jamaika wünscht eine amerikanische Kolonie zu sein“. Die Tendenz dieser Wünsche ist durch die jüngste Handlungsweise der britischen Regierung verstärkt worden. Nur die Neger der Insel sträuben sich dagegen, amerikanische Untertanen zu werden. (Mit großem Recht!) Einer dieser Briefe vom 25. Februar 1905 hat folgenden Inhalt: Eine wichtige Frage, die durch die Ankündigung, daß die Truppen zurückgezogen werden sollen, angeregt worden ist, ist die: Welche Wirkung wird ein solcher Wechsel auf die Loyalität der Kolonie ausüben? Die allgemeine Ansicht der gebildeten Leute ist die, daß dies der erste Schritt zur Aufgebung dieser westindischen Insel seitens Großbritanniens an die Vereinigten Staaten sein würde, was den Weißen aus Herzensgründe passen würde. Sie haben dabei alles zu gewinnen und nichts zu verlieren, und im Falle eines Plebiszits würde dieser Teil der Bevölkerung sicherlich wie ein Mann dafür stimmen, sich unter den Schutz des Sternenbanners zu begeben. Wenn man sagt, sie seien von den gegenwärtigen Verhältnissen angeekelt, so drückt man die Stimmung milde aus. Seit einer langen Reihe von Jahren sind ihre Besitzungen bis zum Falle mit Hypotheken belastet. Mit der Abschaffung der Prämien auf Rübenzucker hatten sie gehofft, daß die Zeit gekommen sei, wo sie sich würden rehabilitieren können. Es gewinnt die Ueberzeugung langsam, aber sicher an Boden in Amerika, daß Jamaika von dem Schicksal dazu bestimmt ist, in die Hände Amerikas zu fallen, und die jüngste Handlungsweise der britischen Regierung dient nur dazu, diese Annahme zu verstärken. Eine Negerherrschaft in Jamaika oder in Britisch-Westindien kann niemals existieren. Höchster Ehrgeiz der Neger ist, unter britischer Flagge zu leben, und ihre liebste Hoffnung ist, daß die Steuern ermäßigt werden, — eine eitle Hoffnung, da die Last jedes Jahr zunimmt.